

## Jugend findet nicht statt

Corona: „Was die Jugend braucht“, FR-Meinung vom 18. April

Ja, was die Jugend jetzt braucht, weiß offensichtlich auch Prof. Benno Hafeneeger (noch) nicht. Bisher tauchte „Jugend“ im Corona-Themen-Katalog ja auch nicht auf. Mit den vier Fragen, die Hafeneeger zum Schluss stellt, wird es spannend: Wie nutzen und gestalten die Jugendlichen ihre digitalen Welten in der Corona-Krise? Was ist mit Bewegung und Sport? Welche Alternativen suchen sich die Jugendlichen für die öffentlichen Räume, die zurzeit geschlossen sind? Was passiert im und mit dem familiären Lebensraum? Jugendliche sind ja oft pflüffig, fantasievoll und clever; sie werden sich auch jetzt ihre Lebenswelten gestalten.

So ist wohl davon auszugehen, dass viele Jugendliche heute nicht in den Familien-Wohnungen isoliert von den Altersgenossen vor sich hinleben. So sieht man auch immer mehr von ihnen – entgegen aller Corona-Regeln – in Gruppen in Parks, auf Plätzen, in Bahnhöfen und (mit den Ladenöffnungen) zunehmend in den Einkaufsstraßen. Es ist zu vermuten, dass viel Leben in zahlreichen, nicht-öffentlichen, digitalen und realen Subkulturen stattfindet. Die zu erforschen wäre eine wichtige Aufgabe in der aktuellen Jugend- und Corona-Forschung. Hoffentlich wird das nicht vergessen, so wie man schon die Kinder in der Corona-Forschung „vergessen“ hat. Marion Reinhardt, Frankfurt

## Geltende Gesetze

Zu: „Ein echter Lieferheld“, FR-Wirtschaft vom 18. April

Vor „Lieferhelden“ wie Orry Mittemmayer habe ich großen Respekt. Sie streiten sich für die Rechte ihrer Kolleg\*innen bei Lieferando und anderen. Umso empörender sind dann Äußerungen wie etwa von Lieferando: Die Gründung eines Betriebsrats entspricht „grundsätzlich nicht unserer Kultur als junges, sowie modernes und offenes Unternehmen“ (Lieferando gegenüber der Süddeutschen Zeitung 2018).

Ein erstaunliches Rechtsverständnis! Im Betriebsverfassungsgesetz steht in § 1: „In Betrieben mit in der Regel mindestens fünf ständigen wahlberechtigten Arbeitnehmern ... werden Betriebsräte gewählt.“ Da steht nicht „können gewählt werden“ sondern „werden gewählt“. Ich könnte auch zu der Idee kommen: Steuern zu zahlen entspricht nicht meiner Kultur. Die Einhaltung von Tempolimits widerspricht meiner Kultur. Aber in einem Rechtsstaat gelten Gesetze für alle, auch Arbeitsschutzgesetze und das Betriebsverfassungsgesetz.

Wenn das einem Unternehmen nicht gefällt, muss er sich ein anderes Land suchen und dort Essen ausliefern lassen.

Gebhard Hofner, Münster



**BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION**

**Schreiben Sie an:**  
Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Faxen Sie an:**  
069 / 2199-3666

**Mailen Sie an:**  
Bronski@fr.de oder  
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

### FR ERLEBEN

**Thomas Kaspar** wird diskutierend gestreamt in der StreitBar zum Thema „Alles unter Kontrolle: Überleben die Bürgerrechte die Krise?“ Mit Philip Eppelsheim (Frankfurter Allgemeine Woche). Moderation: Hadija Haruna-Oelker (Hessischer Rundfunk). **Donnerstag, 7. Mai, 19 Uhr** [facebook.com/bildungsstaette.anne.frank](https://facebook.com/bildungsstaette.anne.frank)

### LESERBRIEFE ONLINE

Alle Leserbriefes dieses Leserforums wurden auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Leserforums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/lf-20200427](https://frblog.de/lf-20200427)

## Wann kommt das Ende des Schreckens?

Corona-Krise: „Freigiebig und geizig“, FR-Meinung vom 24. April, und weitere Berichte

### Das Virus wird wohl ein Dauergast

Es wird keine Ruhe geben, bis Herdenimmunität erreicht ist. Die Italiener sind uns ein Stück voraus, wie der starke Rückgang der Neuinfektionen zeigt. Es ist nur die Frage, ob der Schrecken kurz und schmerzhaft oder langsam und zerstörend durchgestanden werden muss.

Gerade dieser Virentyp neigt offenbar zu Mutationen, sonst hätte er nicht den angestammten Wirt verlassen und Geschmack an Menschenfleisch finden können. Das Virus wird wohl zum Dauergast. Ich rechne damit, dass es keine beständige Immunität geben wird, gerade so wie bei der Grippe (echte Grippe) oder dem gewöhnlichen Virenschnupfen, gegen den kein Kraut gewachsen ist. In der Natur gibt es ein Muster: Mutation – Selektion – Evolution. Massenpopulationen von der Sorte „Legebatterie“ sind ein Nährboden. Hartmut Willibald Rencker, Mainz

### Ein lange gefühlter Maulkorb ist nun Pflicht

Landesvater Bouffier verkündete Zuckerbrot und Peitsche: nach dem Lockerungsbonbon also ab Montag die bittere Pille Maskenpflicht. Nachdem wir uns wochenlang zu Hause eingekerkelt, an Abstandsregeln gehalten, in die Armbeuge geniest und gefühlt 20-mal am Tag die Hände gewaschen haben. Ich lebe in einem Landstrich (Schwalm-Eder-Kreis), in dem es ganze vier Neuinfektionen täglich (gestern) gibt. Ich habe die Diskussionen über Sinn und Unsinn der Masken sorgfältig mitverfolgt. Kann – wie doch fast jede/r mündige Bürger/in – gut entscheiden, ob und in welcher Situation ich diese Maßnahme für sinnvoll halte. Aber selbst denken ist wohl abgeschafft: Ab jetzt heißt es, einen schon lange gefühlten Maulkorb nun verpflichtend sichtbar zu tragen. In ebenfalls vermummte Gesichter zu blicken, sich nur mehr nuschelnd zu verständigen.

Der morgendliche Gang zum Bäckerladen, den ich seit Wo-

chen nur noch einzeln betreten darf, weit entfernt von der Verkäuferin, die zudem durch dickes Plexiglas geschützt ist, nun also auch mit Maske.

Mit der Maskenpflicht wird die Verhältnismäßigkeit nicht nur fragwürdig verletzt, hier wird geradezu genötigt. Es gibt nicht wenige Menschen, die mit einer Maske gar nicht klarkommen, schwitzen, Atemnot bekommen, Brillen beschlagen, sich kaum mehr verständlich machen können etc. Ich erlebe, wie diszipliniert sich fast alle im öffentlichen Raum an die sinnvollen (und erfolgreichen) Abstands- und Hygieneregeln halten. Traut der Gesetzgeber seinen BürgerInnen so wenig Eigenverantwortlichkeit zu? Oder will er uns demonstrieren, wie leicht wir uns alle zu Maulaffen machen lassen?

Um nicht missverstanden zu werden: Ich unterstütze die Empfehlung von Masken, da, wo es angebracht ist, uneingeschränkt. Aber hier wird weit übers Ziel hinaus geschossen, und getroffen werden leider mal wieder die Falschen. Gänzlich daneben ist das ausgelobte Bußgeld: Der leider schon erschreckend gestiegenen Denunziationsstendenz wird damit Tür und Tor geöffnet!

Hildegard Huschka, Borken

### Grottenschlechtes Groko-Panikorchester

Es scheint doch noch vernünftige Politiker im Bundestag zu geben. Zum Mutmacher der Union scheint sich langsam der Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble zu entwickeln. „Meine Angst ist aber nun begrenzt“, so Wolfgang Schäuble zur Corona-Virus-Pandemie!

Es gibt doch schon Udo Lindenberg mit seinem „Panik Orchester“, wir bräuchten eigentlich kein zweites Panik Orchester, noch dazu grottenschlechtes wie diese „Paniker Groko“. Wolfgang Schäuble sollte sich einige dieser Panikmacher aus den Reihen von CDU/CSU und von SPD mal fest zur Brust nehmen, nicht zu vergessen wären hier der Ministerpräsident aus Bay-

ern und der aus Baden Württemberg, die sogenannte „Ober-Panik-Südachse“ von Deutschland. Riggi Schwarz, Büchenbach

### Unangenehmer Einsatz für unser Wohl

AfD und FDP widersprechen der Kanzlerin. Coronavirus ausnutzen, um Wählerstimmen zu angeln: Diese beiden Parteien wollen „im Trüben fischen“. Seltsam, dass FDP und AfD gleicher Meinung sind und gleiches vor haben.

Es ist durchaus im Sinne der Parteien, die Politik so zu machen, wie sie den Interessen der Wähler entspricht. Oder umgekehrt: Sie sollten die Politik machen, für die sie gewählt werden. Aber nicht gegen jegliche Vernunft, Selbsterhaltung, gegen das Wohl und die Gesundheit ihres Wahlvolkes. Ihre Verantwortung und Aufgabe liegt gerade dort, im Wohl des Volkes. Wer da zur Zeit nach um- und weitgehender Lockerung der Einschränkungen und Lebensgewohnheiten schreit, hat anderes, nur parteipolitisches vor, denn so gibt's Wählerstimmen. Da lobe ich mir den Mut der Parteien, die zwar für alle unangenehm, aber für unser Wohl einzutreten, gegen die vielen Leute, denen die Last der Pandemie zu viel wird und sie wegwünschen. Die denen „nach dem Maul reden“, die schielen nur auf Wählerstimmen, – das ist Trumpisch. Die Mut-Politiker kostet das Stimmen. Ich halte es für mies, aus der Not des Corona-Virus nur den eigenen Vorteil ziehen zu wollen, nach dem Motto: Alle Schuld an der Misere hat die Regierung. Da will sogar einer seine Schutzmasken vom Staat bezahlt haben. Seine Kleidung auch? Diese bezahlt er ja für seine Gesundheit auch selbst und nicht die Regierung; nackt in der Öffentlichkeit wäre strafbar, wie ohne Maske. Man stelle sich Gauland, Weidel und Lindner mal so vor. So gibt's in diesen Corona-Zeiten mal den einen oder anderen Lacher. Hans-Karl Ortman, Hofheim

**Debatte:** [frblog.de/corona-uebersicht](https://frblog.de/corona-uebersicht) und [frblog.de/homeoffice-39/](https://frblog.de/homeoffice-39/)

## Die SPD zieht in dieser Koalition regelmäßig den Kürzeren

Schutz für Whistleblower: „Zurückgepiffen“ und „Schweigen schadet allen“, FR-Wirtschaft und -Meinung vom 17. April

Wenn Wirtschaftsminister Altmaier sich mal wieder als Handlanger der Konzerne oder, wie es der Kabarettist Urban Priol formulierte, als Laufbursche der Arbeitgeberverbände in der Regierung gegen den Schutz von Whistleblowern durchsetzt, wird der Koalitionsvertrag aufs Neue ins Gegenteil verkehrt. Hier heißt es u.a.: „Wir wollen sicherstellen, dass Wirtschaftskriminalität wirksam verfolgt und angemessen geahndet wird. Deshalb regeln wir das Sanktionsrecht für Unternehmen neu.“ Wie soll dies gewährleistet werden, wenn Mitarbeiter\*innen, die Missstände veröffentlichten, oder Journalisten, die Skandale aufdecken, da-

für entlassen und kriminalisiert werden? Schon Kurt Tucholsky sagte: „Im Übrigen gilt ja hier derjenige, der auf den Schmutz hinweist, für viel gefährlicher als der, der den Schmutz macht.“

Andererseits erinnert sich die Union nur regelmäßig in den Fällen an den Koalitionsvertrag, in denen seitens der SPD brauchbare Vorschläge unterbreitet werden, indem sie behauptet, dies sei nicht Gegenstand des Koalitionsvertrages. Dann sollte sie doch wenigstens die Inhalte des Vertrags wie z.B. den Kampf gegen Steuerhinterziehung, die Einschränkung von Waffenexporten, die Stärkung des Klimaschutzes, die Einhaltung der Menschen-

rechte, die humanitäre Hilfe, gerade in der jetzigen Krise beachten. So erscheint die Forderung im Koalitionsvertrag „Wir wollen ein Europa der Demokratie und Solidarität“ oder „Wir wollen ein Europa der Chancen und Gerechtigkeit“ solange als leer, wie die überfällige Einführung von Coronabonds verhindert oder die Ankündigungen „Wir bekämpfen Steuerdumping“, „Wir unterstützen eine gerechte Besteuerung großer Konzerne“ nicht umgesetzt werden, so dass gerade die großen Konzerne wie Amazon die derzeitige Lage zur Gewinnmaximierung, ohne die hierdurch erzielten Steuern zu entrichten, schamlos ausnutzen.

Wie die SPD in der Koalition regelmäßig den Kürzeren zieht, hat sich beim vergeblichen Vorstoß von Arbeitsminister Heil erwiesen, das Kurzarbeitergeld auf 80 Prozent anzuheben. Die Pseudochristen der Union lehnen dies ab. Stattdessen bestellt AKK ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt, wo Geld für Corona-Hilfen dringend gebraucht wird, ohne Abstimmung mit dem Koalitionspartner Kampfflugzeuge bei den USA, womit der sich christlich nennenden Regierungspartei das Töten von Menschen wichtiger zu sein scheint als deren Gesundheit und Lebensgrundlage.

Peter Boettel, Göppingen